

Nummer 161 — 23. Jahrgang

Einmal wöchentlich. Bezugspreis: für Juli 2 R.-M. auschl. Postkosten. Berechnung der Ausgaben nach Stett.-Mark. Preise: Die eingewanderte Zeitzeile 30 R., f. Familien- u. Vereinigung, Geschenk 20 R., Die Zeit-Zeitzeile 20 R. mm breit, 1 R. Oftertgebot für Selbstabholer 20 R., bei Überhandung b. d. Post außerdem Porto- zuschlag. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Pfennig. Geschäftlicher Teil: Josef Bohmann, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verlagsstelle der Sächsischen Volkszeitung und
Druck und Verlag: Saxon'sche Buchdruckerei GmbH,
Dresden-R. 10, Hofbergstraße 40, Rechnung 32722, Volk-
schiffstraße Dresden 14707

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-R. 10, Hofbergstraße 40, Rechnung 32722

Der Schwanengesang?

Ein Nachwort zur Verlegung des
sächsischen Landtages

Dresden, 11. Juli 1924.

Nach der allgemein geschwängerten Atmosphäre unter dem Kabinett Zeigner und dem unruhigen Schattendasein des Kabinetts Zellisch ist die Tagung des Landtages vom Januar bis zum Juli dieses Jahres fast ein Wunder zu nennen. Während früher der Hochverrat durch den Landtag tödlich und durch die sogenannten Entschlüsse Zeigners eine mahllose nervöse Unruhe das Haus durchschüttelte, so doch an ein geordnetes Arbeiten nicht zu denken war, und die ganze Kette in der Tagung nur eine einzige Vergewaltigung der bürgerlichen Blinderheit genannt werden konnte, nahmen in diesem Tagungsabschnitt die Verhandlungen einen geregelten Fortgang, zeugten von anerkennenswertem Streben nach einer sachlichen Behandlung der Dinge, losgelöst

Gewinnliste der MBB für Juli 24 befindet sich auf Seite 7 in der heutigen Nummer

von den Niederungen des Parteistreites, und das Bürgertum, das am Schlusse des Jahres 1923 noch mit Gewalt von allen ausgeschaltet wurde, hat an allem jetzt entscheidenden Anteil. Auch die Deutschnationalen. Wenn ich nicht irre, ist es sogar das erste Mal seit dem unseligen November 1918, daß sämtliche bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschnationalen zusammen mit den Sozialdemokraten, dem sächsischen Staatshaushaltplan in seiner Gesamtheit zustimmen. Das mag der beste Beweis dafür sein, wie sachlich im allgemeinen gearbeitet wurde und wie Regierung und Landtag sich bemühten, eine Linie zu finden, von der das ganze Volk den Nutzen hat. Die Spektakulärtheit der Kommunisten können das Volk nicht verdunkeln, sondern höchstens noch deutlicher hervortreten lassen, zumal diese ja ihre Asperterolle auf Befehl Moskaus spielen und sich dabei herzig ungeschickt anstellen.

So gewährte eigentlich die letzte Sitzung des Landtages am 10. Juli ein hoffnungsvolles Bild. Man hätte meinen können, hier die letzten Anzeichen einer Einigung aller Klassen und Stände zu einer gemeinsamen Arbeit für das gemeinsame Vaterland zu erblicken. Indessen, das Bild ist trügerisch. Im Geblüth wählt zu deutlich der Totenwurm. Bei dem Bürgertum wird sich trotz mancher Unterschiede schließlich doch eine gemeinsame Linie finden lassen, bei den Sozialisten jedoch gewinnen die radikalsten Kräfte förmlich an Einfluß. Man redet in diesem Lager zu viel von der Einigkeit. Schon seit etwa vier Jahren. Mit viel Geschick und noch mehr sentimentalität hatte man schon ein Verbündertreffen in Augsburg und Nürnberg einst gefeiert und konnte doch auf dem roten Reichsparteitag im Juli dieses Jahres mit Mühe und Not die Linie verkleistern. Beiseitigt sind diese Linie nicht, sondern die Position der ewigen Halbhälften, die von einer geistes- und charakterschwachen Führung geprägt wird, muß die Gegenseite nur noch verschärfen. Diese Haltung hat auch in Sachsen eine oberflächliche Einigung herbeigeführt. Die radikale Opposition ist wieder zu der sozialistischen Mehrheit der Landtagsfraktion zurückgekehrt und von dieser mit allen Gnaden und Ehren wieder aufgenommen worden. Aber der Zweistritt hat schon zu sehr persönliche Formen angenommen, als daß er so leicht überbrückt werden könnte. Die Zeit setzt dem sozialistischen Reichsvertretung in Berlin bis jetzt vor zu kurz, das Diktat von Berlin auch zu frisch, als daß es wieder zum offenen Konflikt hätte kommen können. Inzwischen sind aber auch die Drahtzieher der Radikalen etwas vorsichtiger geworden, da sie sich bei dem rüttelnden Kampf gegen die Befürchtungen in Sachsen zu allzugeroten Törheiten verleiten ließen und dafür in Berlin reichliche Nachschläge einstecken mußten.

Die endgültige Regelung des Konfliktes in der sächsischen Sozialdemokratie soll im September dieses Jahres auf einem sächsischen Landesparteitag erfolgen. Nach den Ergebnissen der Zusammenarbeit mit den Bürgern in der Regierung muss es zweifelhaft erscheinen, ob die Radikalen selbst bei der geschicktesten Regie sich wieder eines so beispiellosen Sieges erfreuen könnten als Anfang Januar dieses Jahres. Die Erfolge dieser Verbindung in Sachsen, die Wiederherstellung des guten Rufes der sächsischen Wirtschaft in der Welt, die Festigung und die Stärkung der Staatsoberherrschaft im Lande, das Gefühl der persönlichen Ordnung und Sicherheit im Lande wirken so plakativ, daß selbst der Arbeiterschaft, die von der Sozialdemokratie hinstinkt in Dummkopf und Haß gehalten wird, die Augen aufgegangen sind. Mehr noch als jeder andere spielt den Wechsel, gerade die Arbeiterschaft am unmittelbarsten, da die sächsische Wirtschaft unter diesen veränderten Verhältnissen wieder Aufträge erhielt und so für Arbeit und Brot sorgen konnte. Darum bedarf es einer stillen und sachten Hegearbeit, um die radikalisierte Arbeiterschaft wieder fest in die Hand zu bekommen und damit die alte Politik der Negation und des schärfsten Klassenhauses weiter fortzuführen. In stiller Aktenarbeit von Mund zu Mund, in kleinen und größeren Versammelungen und Konferenzen wird von den berufsmäßigen Gehörnern, vor allem von den

Sonntag, den 13. Juli 1924

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Ans.-Aufträgen u. Leistung v. Schadenerfolg. Für unbedeutlich u. d. Ferner übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. mit Rückwirkung nicht versicherte Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunden der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Haupstschriftleiter: Dr. Josef Albrecht. Redakteur

Was wird aus dem Gutachten?

Amerika gegen etwaige Modifikationen — Herrriot rechnet mit 40 Jahren

Am Vorabend der Konferenz

Berlin, 12. Juli. (Drahtbericht.) Der Termin der internationalen Konferenz steht nun endgültig fest. Am Mittwoch wird die Eröffnung dieser Tagung stattfinden, die für die Gefälligkeit der europäischen Politik in den nächsten Jahren von höchster Bedeutung sein wird. Entweder einmal man sich in London, oder man geht auseinander und die Anarchie der Wirtschaft wird wieder Platz greifen.

Wir Deutschen haben alle Ursache zur Abschaltung zu üben. Einige französische Pluttiere hatten nichts eiligeres zu tun, als festzuhalten, daß Deutschland überhaupt keine Vertreter nach London zu entsenden haben werde. Dass die Frage der deutschen Vertretung in London in dem amtlichen Kommissionen nicht erwähnt worden ist, hat leichtbares Gründe. Einmal wollte man die Position Herriotics nicht unnötig erwidern, und zweitens wollte man Macdonald nicht zwingen, einen weiteren Schritt rückwärts zu machen. So wird die Entscheidung dieser Frage der Konferenz selbst überlassen bleiben.

Die Kritik an den Neuerungen des amtlichen Kommissionen wird selbst in englischen Regierungskreisen geübt. In Washington sieht man vorbehalt keine Möglichkeit dafür, daß eine amerikanische Vertretung in der Reparationskommission geschaffen werden könnte. Mr. Wilson glaubt man zu bemerken, daß in Paris bereits einige Modifikationen des Sachverständigenberichts versucht worden seien.

Zwischenjahr geht die Arbeit der Organisationskommission zur Vorbereitung des Sachverständigenberichts dem Abschluß entgegen. Das Komitee für die Bearbeitung des Eisenbahngesetzes ist in London zur letzten entscheidenden Lösung dieses Gesetzes zusammengetreten. Die Arbeit am Bankgesetz hat bereits seinen Abschluß gefunden.

Der Senat für Herrriot

Mit 216 gegen 18 Stimmen

Paris, 12. Juli. Zur gestrigen Senatsdebatte führte Ministerpräsident Herrriot aus:

Die gestrige Rede Poincarés sei nur von dialektischem Wert gewesen. Poincaré habe die neue Regierung aufgefordert, ihre Pflichten nicht zu verleihen und ihre Männer gebeten, gute Dienste des Vaterlandes zu leisten. Auch in der Opposition habe er, Herrriot, diese Haltung eingenommen. Er, Herrriot, müsse jedoch erklären, daß es ihm sehr zweckmäßig erscheine, ob am Vorabend von Verhandlungen, wie die in London ausgesprochen werden sollen, eine so weitreichende Erklärung sehr nützlich sei. Es sei nicht gut, jemand mit Ketten zu belasten, der Verhandlungen führen solle.

Der Plan Dawes sei nicht vollkommen; aber die Aufgabe der jehigen Regierung müsse sein, zwischen London und Paris herzliche Beziehungen herzustellen. In Chequers haben wir uns gefragt: England und Frankreich müssen einander näherkommen. Ich habe, als ich zurückkehrte, eine Erklärung verlesen, die keine übertriebenen Hoffnungen enthält. Aber in Chequers wurde eine gütige Atmosphäre geschaffen, die gefährdet wurde durch einen Zwischenfall, auf den ich nicht eingehen möchte, da meine Methode darin besteht, das zu sagen, was uns eint, und nicht das, was uns trennt.

Der Zwischenfall ist beigelegt. Die französische Note beweist, daß Verträge vorhanden ist und das Macdonald Entgegenkommen gezeigt hat. Hierfür danke ich ihm an dieser Stelle. Wenn wir uns nicht über den Plan einigen, soll man dann vielleicht wieder zum Druck und zu Massenauswirkungen im Ruhegebiet seine Zuflucht nehmen? Nein,

Novembersozialisten, dieser Kampf geschieht. Schon wird der Berg der Entschließungen gegen die Koalitionspolitik mit dem Bürgertum immer höher und Schlußauschüsse werden eingesetzt, die die Politik der gemäßigten Landtagsmehrheit nachprüfen sollen. Und wenn der Landesparteitag im September zusammentritt, wird sich kein anderes Bild ergeben, als Anfang Januar dieses Jahres. Ja man kann mit Bestimmtheit annehmen, daß die Niederlage der gemäßigten Sozialisten noch stärker sein wird als zu Beginn des Jahres. Mit bemerkenswerter Geschick verstecken es die demagogischen Herren, die Erfolge tot zu schweigen, die die gemäßigte Politik des letzten halben Jahres, vor allem der Arbeiterschaft, gebracht hat. Maßnahmen und Neuerungen einer wirklichen Staatspolitik werden als Vergewaltigung der Arbeiter verschrien, maßlos verzerrt und der Arbeiterschaft als Beginn einer systematischen Unterdrückung vor die Augen gestellt. Diese Hasspropaganda wächst von Tag zu Tag und muß umso stärker wirken, da die Radikalen es verstanden haben, den ganzen Parteivorstand und die gesamte sozialistische Presse Sachsen in ihre Hand zu bekommen. Ihre ganze Arbeit wird ihnen von den sogenannten gemäßigten Sozialdemokraten im wesentlichen erleichtert, die sich allzuviel darauf verlassen, daß sie stille und ernste Arbeit des vergangenen Jahres für sie selbst spreicht und auch den Widerwilligen von der Möglichkeit der fehligen Politik überzeugen lassen. Diese Passivität ist verhängnisvoll; sie verbürgt von vornherein den radikalen Linken einen vollständigen Sieg. Ja, fast hat es den Anschein, als ob in dem sicheren Gefühl der kommenden Niederlage die sogenannte gemäßigte Mehrheit schon jetzt den sehr aktiven Radikalen nachgegeben und sich sogar zu

die französische Regierung muß an die Koalition Frankreichs und Belgiens ein internationales Abkommen sehen. Deutschland erlangt im Januar des kommenden Jahres gegenüber Frankreich seine wirtschaftliche Freiheit wieder und wenn ein Abkommen nicht abgeschlossen wird, werden dann nicht sämtliche französische Interessen, namentlich diejenigen des Handels, gelöscht sein? Es war also notwendig, für eine rasche Verständigung zu arbeiten.

Die Sachverständigen haben etwas Durchgreifen des schaffens wollen, damit effektive Zahlungen von Seiten Deutschlands möglich werden. In diesem Zwecke schlägt der Plan Dawes das Reparationsproblem vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet. Wenn er also auf die Durchführung des Planes hinzuarbeiten will, sei er gezwungen gemeinsam, sich auf den wirtschaftlichen Standpunkt zu stellen. Der Sachverständigenbericht appelliert an die Zusammenarbeit der Alliierten mit Deutschland. In Brüssel haben wir erklärt, daß die wirtschaftliche Einheit wiederhergestellt wird, wenn die Reparationskommission feststeht, daß der Sachverständigenbericht angewendet ist. Wir haben also die Rechte der Reparationskommission keineswegs gestört, Herrriot spricht also dann über die Transfertierung und erläutert im einzelnen, was hierüber der Sachverständigenbericht vorstellt. Man müßte ein alliertes Amt für die Transfertierung schaffen. Auch hinsichtlich der Sachleistungen müssen vorstellige Maßnahmen ergriffen werden.

Denn im Jahre 1922 habe man nicht alles erreicht, was man hätte erreichen können (Wolmar). Aber Sie die Umstände und Deutschland auf Herrriot erwidert: Uns vielleicht noch ein blöhen mehr!

Denn ich muß auch die Methoden in Rechnung stellen, die man verfolgt hat und die improvisiert waren. Die französischen Industrielle haben Widerstand geleistet, was ich wohl verstehe, weil es ein Arbeitslohn gibt. — Wolmar habe sich dazu beglückwünscht, daß die Sachverständigen die Zahl der deutschen Annullaten nicht festgestellt hätten. Zu diesem Punkte dürfe man sich in Frankreich keinen Illusionen hingeben. Die von den Sachverständigen vorgeschlagenen Annullaten müßten pedekt werden mit Hilfe von drei Arten von Einnahmen: Den Eisenbahnneinnahmen, den hypothekarischen Lasten der Industrie und den Einnahmen des allgemeinen Budgets. Diese letztere Quelle bringt veränderliche Einnahmen. Man könnte sagen, daß von 1920 an der jährliche Zuwachs dieser Einnahmequelle 25 Millionen Goldmark erreichen werde. Angenommen nun, daß die Annullaten mit einem Jahreszuschlag von 25 Millionen in 40 Jahren zum Abschluß kommen, so würde das im ganzen etwa 40 Milliarden liefern.

Bezüglich der Einführung Deutschlands zur Londoner Konferenz erinnere ich mich an die von Macdonald gestern gemachte Feststellung, daß es sich hier nur um eine einzige Frage handelt. Ich möchte betonen, daß Deutschland keine Verteilungssstellung eingeräumt werden darf. Die Entscheidung, ob Deutschland den Sachverständigenbericht annimmt oder nicht, hängt nicht von mir ab. Ich brauche weiter nicht zu bitten, daß ich meine vaterländische Pflicht über mein militärisches Interesse stellt. Die jehige Lösung des Reparationsproblems wird für uns die am wenigsten schlechte sein. Wenn England und Frankreich sich von einander trennen, so gewinnen in Deutschland die Anhänger der Gewalttheorie und der Revanche die Oberhand. Das bedeutet den Krieg. Die Annäherung zwischen Frankreich und England darf in keiner Weise die legitime Rechte Frankreichs beeinträchtigen. Mein Gewissen sagt mir, daß ich sie nicht verhältnismäßig habe, um dieses Ergebnis zu erzielen. Ich erwarte daher in grösster innerer Gescheitheit das Urteil der Versammlung.

Unterwerken beginnt. Es ist deutlich zu beobachten, daß die radikalen Schreier des Regimes Zeigner, wie Ritter Liebmann und Edel, einen bemerkenswerten Einfluß in der Fraktion gewonnen haben und in mancher Beziehung die bisherige Politik in verhängnisvoller Weise beeinflussen können. Man kann fast mit Sicherheit annehmen, daß ernste Dinge eingeraten werden, wenn der Landtag noch einige Wochen zusammen geblieben wäre.

Nach dem Spruch des Parteivorsitzenden hat sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Sachsen dem Urteil des Landesparteitages zu unterwerfen. So wie die Beziehungen in Sachsen jetzt liegen, ist bei der Passivität der gemäßigten Sozialisten mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß eine erdrückende Mehrheit des Landesparteitages jegliches Zusammenarbeiten mit dem Bürgertum in Grund und Boden verurteilen wird. Bei der militärischen Disziplin innerhalb der Sozialdemokratie ist nicht einen Augenblick daran zu zweifeln, daß sich die Genossen lässlich unterwerfen werden, zumal unter ihnen kein Mann von militärischem Kaliber ist, der den Kampf gegen die Cliquen aufnimmt und so den einzigen Weg zur Rettung der Sozialdemokratie in Sachsen beschreitet. Bis Ende Oktober sollen die Herren des Landtages dauern und bis dahin ist kaum die Regierungs- und Landtagskrise in Sachsen zu erwarten. Aber dann wird sie akut und es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß spätestens im Januar nächsten Jahres Neuwahlen zum sächsischen Landtag stattfinden werden. Und mit diesen Wahlen werden, das beweisen die verschiedenen Wahlen und Ereignisse seit den Reichstagswahlen im Mai, die schönen roten Tage in Sachsen zu Ende sein.